

Pressemitteilung

Tel 0711 9791-216
Fax 0711 9791-159
paxchristi-rs@bo.drs.de

22.03.2015

Zur Nahost-Politik der Bundesregierung

Brief von pax-christi-Vertreter/innen an Merkel, Gabriel und Steinmeier

„Sieht die Bundesregierung Auswege aus dem Nahostkonflikt?“
Nach den Wahlen in Israel fragten Vertreterinnen und Vertreter der pax-christi-Diözesanverbände die Bundesregierung nach den Perspektiven ihrer Nahostpolitik. In einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel, Vizekanzler Gabriel und Außenminister Steinmeier wollen die 28 Absender von der Bundesregierung wissen, ob sie noch eine Chance für einen souveränen palästinensischen Staat sieht und ob sie seine Anerkennung durch die Vereinten Nationen unterstützt. Falls sie eine Zwei-Staaten-Lösung nicht mehr als realistisch ansieht, wollen sie wissen, ob die Regierung einen binationalen israelisch-palästinensischen Staat mit gleichen Rechten seiner Bürger/innen unterstützt oder ob sie bereit ist, „sich mit der wahrscheinlichsten Option abzufinden, der eines israelischen Apartheidstaates mit palästinensischen Bantustans ohne Bürgerrechte“, heißt es in dem Brief. „Profiteure einer solchen Lösung als Ergebnis des internationalen politischen Versagens wären unseres Erachtens Gruppen wie der „Islamische Staat“, die dort stark werden, wo politische Lösungen scheitern.“ Insbesondere israelischen Freundinnen und Freunde drängten pax christi, Einfluss auf die deutsche Regierung und auf die Europäische Union zu nehmen, dass die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung für Völkerrecht und Menschenrechte wahrnimmt. Sonst befürchteten sie, werde ihr Land keine langfristige Zukunft haben.

pax christi
Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
Jahnstr. 30
70571 Stuttgart

Tel 0711 979 1-216
Fax 0711 979 1-159
paxchristi-rs@bo.drs.de
www.rottenburg.stuttgart.paxchristi.de
Pax-Bank eG
IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17